

A33 Keine Profite mit unserer Gesundheit!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 05.04.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Unser Gesundheitssystem - das haben nicht zuletzt die Folgen der Pandemie
2 gezeigt - ist aktuell weder zukunftsfähig noch gerecht. Es wird Aufgabe
3 verantwortungsbewusster Politik der kommenden Jahre sein, das System so zu
4 verändern, dass die Menschen und ihre Bedürfnisse wieder im Zentrum der
5 Versorgung stehen.

6 Es zeigt sich, dass ein Vertrauen auf die Gesetze der Marktwirtschaft im
7 Gesundheitssystem nicht unbedingt dafür sorgt, dass Patient*innen gut und
8 bedarfsorientiert behandelt werden. Stattdessen haben zunehmende Ökonomisierung
9 und Privatisierung in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass sich das
10 medizinische Angebot allzu häufig nicht an dem ausrichtet, was notwendig ist,
11 sondern daran, was Profit verspricht.

12 Wenn Gesundheitseinrichtungen in der Hand privater Träger (also häufig großer
13 Börsenunternehmen) sind, verdienen die Anteilseigner*innen an den Gewinnen, die
14 dann mit der Gesundheitsversorgung erwirtschaftet werden müssen, teils Renditen
15 im zweistelligen Bereich. Das erhöht nicht nur den Druck, besonders
16 wirtschaftlich zu arbeiten und in einem Vergütungssystem mit vielen Fehlanreizen
17 gewinnorientiert zu handeln, sondern sorgt auch dafür, dass langfristig
18 Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen leiden.

19 Die Menschen verlieren hier dreifach: Einmal als Patient*innen, deren Wohl nicht
20 zu selten im Konflikt zu Profitinteressen steht, zweitens als
21 Beitragszahler*innen, wenn ihre Mitgliedsbeiträge am Ende des Tages für höhere
22 Renditen statt bessere Versorgung ausgegeben werden und drittens, wenn
23 Beschäftigte unter teils prekären Bedingungen arbeiten müssen - denn auch
24 ausbeuterische Arbeitsverhältnisse machen krank und dürfen nicht länger
25 Normalität in unserem Gesundheitssystem sein.

26 Ohne eine politische Idee eines Gesundheitssystems, das den Menschen wieder ins
27 Zentrum rückt, müssen Patient*innen und Personal weiter für sich selbst kämpfen.
28 Wir sehen es als unsere Aufgabe, für sie zu kämpfen und diese Ideen zu
29 formulieren. Die Orientierung am Patient*innenwohl darf nicht weiter hinter die
30 finanziellen Interessen von Investor*innen zurückfallen. Denn wo man
31 ökonomischen Akteur*innen zu sehr das Feld unserer Gesundheit überlässt, leidet
32 am Ende eben diese. Doch es geht auch anders: Denn das System, wie es heute ist,
33 ist nicht alternativlos.

34 Gesundheitliche Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen müssen so verändert
35 werden, dass sie patient*innenorientiert und gerecht sind und die Menschen und
36 ihre Bedarfe in den Mittelpunkt stellen. Dafür darf eine gute und
37 bedarfsgerechte Versorgung nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern
38 muss gemeinwohlorientiert sein. Der Trend zu Ökonomisierung und Privatisierung
39 muss umgekehrt und die Finanzierungsmechanismen reformiert werden, damit das
40 Gesundheitssystem seinem gesellschaftlichen Auftrag nachkommen kann. Damit das
41 gelingt, dürfen die Kommunen mit der dauerhaften Finanzierung öffentlicher

42 Gesundheitseinrichtungen nicht allein gelassen werden und nicht zuletzt muss
43 langfristig eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung das Ziel sein, damit
44 jede*r unabhängig vom Einkommen die notwendige Versorgung bekommt.

45
46 In einem so wichtigen Bereich des Lebens muss es öffentliche Aufgabe sein, zu
47 verhindern, dass einige Wenige Profite auf dem Rücken von Patient*innen und
48 Personal machen. Wir verstehen es als unsere politische Aufgabe, für ein
49 solidarisches und gemeinwohlorientiertes Gesundheitssystem zu streiten, das Teil
50 der Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten ist, statt sie zu festigen.